Das Jüdische Echo

Bayerische Blätter für die jüdischen Angelegenheiten

Erscheinungszeit: Jeden Freitag. **Bezug:** Durch die Postanstalten oder den Verlag. — **Bezugspreis:** Vierteljährig Mk. 1.—, Halbjährig Mk. 2.—, Ganzj. Mk. 4.—, Einzelnummer 10 Pf. — **Verlag, Auslieferung und Schriftleitung** des „Jüdischen Echo": München, Herzog Maxstr. 4.



Anzeigen: Die viergespaltene Nonpareille-Zeile oder deren Raum 40 Pf. — Bei Wiederholungen Rabatt. — **Anzeigenannahme:** Verlag des „Jüdischen Echo", München, Herzog Maxstraße 4. **Fernsprecher:** 53099. **Postscheckkonto:** München 3987.

Nummer 49 | **München / 5. Jahrgang** | **6. Dezember 1918**

1918 Wochenkalender 5679

	Dezember	Tebeth	Bemerkung
Sonntag	8	5	
Montag	9	6	
Dienstag	10	7	
Mittwoch	11	8	
Donnerstag	12	9	
Freitag	13	10	עשרה בטבת
Samstag	14	11	

Bekanntmachung.

1. Die **Zwischenscheine** für die **5% Schuldverschreibungen der VIII. Kriegsanleihe** können vom

2. Dezember d. Js. ab

in die endgültigen Stücke mit Zinsscheinen umgetauscht werden.

Der Umtausch findet bei der **„Umtauschstelle für die Kriegsanleihen“, Berlin W 8, Behrenstraße 22,** statt. Außerdem übernehmen sämtliche Reichsbankanstalten mit Kasseneinrichtung bis zum **15. Juli 1919** die kostenfreie Vermittlung des Umtausches. Nach diesem Zeitpunkt können die Zwischenscheine nur noch unmittelbar bei der „Umtauschstelle für die Kriegsanleihen“ in Berlin umgetauscht werden.

Die Zwischenscheine sind mit Verzeichnissen, in die sie nach den Beträgen und innerhalb dieser nach der Nummernfolge geordnet einzutragen sind, während der Vormittagsdienststunden bei den genannten Stellen einzureichen; Formulare zu den Verzeichnissen sind bei allen Reichsbankanstalten erhältlich.

Firmen und Kassen haben die von ihnen eingereichten Zwischenscheine rechts **oberhalb** der Stücknummer mit ihrem Firmenstempel zu versehen.

2. Der Umtausch der Zwischenscheine für die **$4^1/_2$% Schatzanweisungen der VIII. Kriegsanleihe** und für die **$4^1/_2$% Schatzanweisungen von 1918 Folge VIII** findet gemäß unserer Anfang d. Mts. veröffentlichten Bekanntmachung bereits seit dem

4. November d. Js.

bei der **„Umtauschstelle für die Kriegsanleihen“, Berlin W 8, Behrenstraße 22,** sowie bei sämtlichen Reichsbankanstalten mit Kasseneinrichtung statt.

Von den Zwischenscheinen **der früheren Kriegsanleihen** ist eine größere Anzahl noch immer nicht in die endgültigen Stücke umgetauscht worden. Die Inhaber werden aufgefordert, diese Zwischenscheine in ihrem eigenen Interesse möglichst bald bei der **„Umtauschstelle für die Kriegsanleihen“, Berlin W 8, Behrenstraße 22,** zum Umtausch einzureichen.

Berlin, im November 1918.

Reichsbank-Direktorium.

Havenstein. v. Grimm.

Das Jüdische Echo

Bayerische Blätter für die jüdischen Angelegenheiten

Erscheinungszeit: Jeden Freitag. Bezug: Durch die Postanstalten oder den Verlag. — Bezugspreis: Vierteljährig Mk 1.—, Halbjährig Mk. 2.—, Ganzj. Mk. 4.—, Einzelnummer 10 Pf. — Verlag, Auslieferung und Schriftleitung des „Jüdischen Echo“: München, Herzog Maxstr. 4.



Anzeigen: Die viergespaltene Nonpareille-Zeile oder deren Raum 40 Pf. — Bei Wiederholungen Rabatt. — Anzeigenannahme: Verlag des „Jüdischen Echo“, München, Herzog Maxstraße 4. Fernsprecher: 53099. Postscheckkonto: München 3987.

Nummer 49 | München / 5. Jahrgang | 6. Dezember 1918

Pogrome und Judenfrage.

Von Leo Rosenberg.

Polens Freiheitsbanner ist mit dem Blute der Unschuldigen besudelt, das im Kongreßlande und in Galizien in diesen Tagen in Strömen floß. In den Flitterwochen polnischer Freiheit haben sich weite polnische Volkskreise zu Taten des Hasses und der Unmenschlichkeit hinreißen lassen, die in ihrer Furchtbarkeit das Grauen dieser Zeiten in den Schatten stellen und auch in den Herzen derjenigen Entsetzen auslösen werden, die sich über den Charakter und die Zukunftsaussichten der polnisch-jüdischen Beziehungen keinen Illusionen hingegeben haben. Daß die Verantwortlichkeit auf der gesamten polnischen Öffentlichkeit lastet, ist durch den Umstand erhärtet, daß die breitesten polnischen Kreise, Legionen, Stadtwehre, Turnvereine, Arbeiter, Bürger und Bauern an den blutigen Ausschreitungen beteiligt sind, nicht zuletzt aber durch die ganze offenkundig billigende und beschönigende Haltung der gesamten polnischen Presse und der polnischen Parteien. Um die gegenwärtigen Vorgänge in ihrer ganzen Furchtbarkeit würdigen zu können, muß man bedenken, daß es sich hier nicht etwa um spontane Ausbrüche wilder Haßinstinkte, sondern um einen wohlüberlegten, systematisch organisierten und bereits seit langem angekündigten Ausrottungskrieg gegen die jüdische Volksminderheit dieser Länder handelt.

Überraschend konnte dieser Sachverhalt weder für die Juden selbst, die das Verhängnis unaufhaltsam und unabwendbar herannahen sahen, noch für die Außenwelt sein. Innerhalb des gefährdeten polnischen Judentums wie der jüdischen Volksgesamtheit, nicht zuletzt in den maßgebenden Kreisen der Ententevölker und Regierungen wurde wiederholt auf die unmittelbare Gefahr hingewiesen, die der jüdischen Bevölkerung Polens und Galiziens für den Fall droht, daß diese Gebiete volle Unabhängigkeit erlangen. Es wurde der wohlbegründeten Befürchtung Ausdruck gegeben, daß die wilde Pogromhetze, die sich bereits unter der harten Zucht der fremden Besetzung breit machte, bei der ersten günstigen Gelegenheit in die Tat umgesetzt würde. Von jüdischer Seite ist, wenn auch nicht alles, so doch vieles geschehen, um die Weltöffentlichkeit über den wahren Sachverhalt aufzuklären, und es wird auch gegenwärtig dafür Sorge getragen, daß die aus der polnisch-galizischen Erde hinaufschreiende Stimme des Bruderblutes nicht ungehört verhallt und daß es den amtlichen polnischen Preßbureaus im Auslande nicht gelingt, sie in Tintenströmen zu ersticken. An entrüsteten Kundgebungen gegen den gegen die Juden proklamierten Ausrottungskrieg hat es denn auch nicht gefehlt. Die englische Regierung war die erste, die in aller Form gegen die antisemitischen Verfolgungen Einspruch erhob und eine ähnliche Aktion ist auch in Nord-Amerika im Gange, während amtliche Kreise Hollands und der Schweiz bereits Gelegenheit gefunden haben, ihrer Empörung über die polnischen Bluttaten Ausdruck zu geben. Die Gegen- und Notwehraktion von jüdischer Seite ist unzweifelhaft damit nicht abgeschlossen, und daß sie nicht unwirksam bleiben wird, werden hoffentlich die Polen selbst bald am eigenen Leibe erfahren. Indessen, man ist sich in jüdischen sowohl wie in wohlgesinnten und einsichtigen nichtjüdischen Kreisen durchaus darüber klar, daß alle derartige Gegenaktionen und Protestkundgebungen, so wichtig und unerläßlich sie auch an sich sein mögen, doch so lange ein Schlag ins Wasser bleiben, bis sie nicht von entsprechenden Maßnahmen unterstützt werden. Welcher Art sollen nun diese Maßnahmen sein?

Man muß sich vor allem darüber klar sein, daß es sich bei den blutigen Ereignissen in Polen nicht um spontane und vereinzelte Erscheinungen, sondern um ein System, oder doch um Auswüchse eines Systems, handelt. Die Methode des Pogromwahnsinns ist in dem seit langen bestehenden und in letzter Zeit auch seitens der polnischen Regierungskreise unverblümt zum Ausdruck gebrachten Bestreben begründet, die Juden aus dem Lande zu verdrängen. Die Pogrome bilden ein Mittel, das radikalste und den Massen einleuchtendste, zu diesem Zweck. Das Hauptmittel wird in der systematischen Entrechtung der Juden erblickt. Die Maßnahmen gegen die Pogromhetze, so wirksam und unerläßlich sie auch sind, würden eben nur die Auswüchse, nicht den Kern des Verfolgungssystems treffen.

Es gilt vor allem die bürgerlichen und nationalen Rechte der Juden Polens und Galiziens sicherzustellen. Die Rechtsfrage der Juden Polens ist aufs engste mit dem gesamten Nationalitätenproblem verknüpft und wird auch nur gemeinsam mit diesem eine gerechte und dauerhafte Lösung finden können. Wir wollen nur kurz bemerken, daß das Unterdrückungssystem der Polen, die ihr Land durchaus als Nationalstaat wissen wollen, neben den 1 957 000 Juden auch die 618 590 Deutschen, 426 590 Ukrainer, 337 190 Litauer und 30 320 Personen sonstiger Volkszugehörigkeit trifft. Die deutsche Okkupationspolitik, deren Grundsatz die Grundsatzlosigkeit war, glaubte die Rechte der Deutschen in Polen durch gesetzgeberische Extrawürste sicherstellen zu können, während sie die anderen Minderheitsnationen

anfangs gegen die Polen auszuspielen den Versuch machte, später aber endgültig dem Polentum auslieferte. Daß in dieser Beziehung mit Halbheiten und Palliativmitteln nichts auszurichten ist — dieser Erkenntnis wird sich niemand, der nicht an völliger Tatsachenfremdheit leidet, verschließen können. Ebensowenig wird heute jemand behaupten dürfen, daß jede irgendwie geartete Intervention von außen eine „Einmischung in die inneren Angelegenheiten eines souveränen Staates" bedeuten würde. Denjenigen, deren Macht- und Rechtsspruch diese staatliche Selbständigkeit erst ins Leben rief, wird wohl das Recht und die Pflicht zur Einmischung zustehen. Die staatliche Selbständigkeit Rumäniens wurde auf dem Berliner Kongreß von 1878 von den Signatarmächten von vornherein an die Bedingung der Gleichberechtigung der Juden geknüpft. Daß diese Bedingung bis heute nicht erfüllt ist, mag als ein Beweis dafür gelten, daß es mit bloßen moralischen Verpflichtungen und unangebrachter Einmischungsscheu bei schlechtem Willen des Kontrahenten nicht getan ist. Worauf es hier ankommt, ist, daß die Judenfrage des auf der kommenden Friedenskonferenz endgültig zu schaffenden polnischen Staates zu einer internationalen Angelegenheit erklärt und dem Schutze des künftigen Völkerrechts, repräsentiert und gesichert durch den Völkerbund unterstellt wird. Die Internationalisierung der Judenfrage bietet heute die einzige Möglichkeit einer befriedigenden und dauerhaften Lösung. Diese Lösung wird nur durch die Schaffung internationaler Sicherungen möglich, die sich natürlich nicht bloß auf die Judenfrage, sondern auf das gesamte Völkerproblem des polnischen Nationalitätenstaates erstrecken sollen. Nur durch eine grundsätzliche völkerrechtliche Sicherung der bürgerlichen und nationalen Minderheitsrechte wird auch die bürgerliche und nationale Judenfrage einer gerechten und endgültigen Lösung entgegengeführt werden können. Wir bezweifeln nicht, daß dieser einzig gangbare und zielführige Weg zur Völkergerechtigkeit in den kommenden Friedensverhandlungen beschritten werden wird.

Eine derartige internationale Sicherung der jüdischen Volksrechte im neuen polnischen Staat wird unzweifelhaft der akuten polnischen Judenfrage ihre bedrohliche Schärfe nehmen. Es hieße aber sich einer nach den Erfahrungen dieser furchtbaren Zeitläufe doppelt sträflichen Selbsttäuschung hingeben, wollte man glauben, daß von einer derartigen Lösung günstige Wirkungen auf die künftige Gestaltung des polnisch-jüdischen Zusammenlebens ausgehen werden. Und doch kommt auf eine günstigere Gestaltung der inneren Beziehungen zwischen den Völkern alles an. Das Zukunftsbild des jüdischen Lebens in Polen ist von dunklen Schatten umdüstert. Mit wachsender Verzweiflung sehen die Juden der dem neuen Polenreiche anzugliedernden Landesteile dem Tag des Schreckens entgegen, der sie dazu verdammen wird, das Schicksal ihrer Brüder im Kongreßlande und in Galizien zu teilen. Indessen ist wenig Hoffnung vorhanden, daß die Juden Posens dem Verhängnis entgehen werden. Die jüdische Gesamtheit und alle, in deren Herzen noch Gerechtigkeitsgefühl und Menschenliebe lebt, werden sich jedoch die Zuversicht nicht nehmen lassen, daß die Juden Westpreußens und Oberschlesiens, wo die Polen selbst eine Minderheit bilden, vor der Gefahr bewahrt bleiben werden, dem polnischen Gerechtigkeitssinn und der polnischen Blutgier ausgeliefert zu werden.

Pogrome in Polen, Galizien, Ungarn und Böhmen.

Das Blutbad in Lemberg.

Über die blutigen Ereignisse in Galizien liegen nunmehr, soweit das bisher Geschehene in Betracht kommt, abgeschlossene Berichte vor. Was diese Berichte erzählen, ist über alle Schrecken schrecklich, das Furchtbarste und Entsetzlichste, was die Welt in diesen unheilvollen Zeiten sah. Durfte man bisher glauben und hoffen, daß die grauenerregenden Vorgänge bloß Einzelfälle darstellen und auf wenige Orte beschränkt blieben, so geht nunmehr aus den Berichten mit furchtbarer Klarheit und Zweifellosigkeit hervor, daß fast keine Stadt, kein Flecken und kein Dorf Galiziens von den blutigen Ausschreitungen verschont blieb. Gleich ist auch überall das Bild der Greuel: Plünderung, Mord, Brandstiftung. Alle polnischen Volksschichten waren an den Ausschreitungen beteiligt: uniformierte Legionäre, Stadtmiliz, Turnvereine, Arbeiter, Studenten, Bauern und Bürger. Der Raum würde auch dann nicht ausreichen, wenn wir uns nur auf die bloße Nennung der heimgesuchten jüdischen Gemeinden und Ortschaften beschränken wollten. Wir nennen nur die Orte: Przemysl, Blazowa, Dobro, Grodzisko, Iwonitz, Joworzno, Mielec, Morawica, Moszna Dalna, Rozwadow, Stryzow, Stczakow, Trzebina, Wadowice, Zator, Sierza, Pilzno (b. Tarnow), Krosno, Brzozow und zahlreiche andere Städte und Dörfer im Kreise Jaslo, Tarnow, Brzesko, Zmigroc, die Bezirke Bochnia und Zywiec, Tarnobrzeg. Alles verblaßt jedoch zu einem Schatten im Vergleiche damit, was zwischen dem 22. und 24. November in der galizischen Hauptstadt Lemberg selbst vorgegangen ist. Wir beschränken uns hier auf die bloße wörtliche Wiedergabe der uns zugegangenen Berichte von Augenzeugen. Von Herrn Elias Nacht, der am 27. November aus Lemberg in Berlin eintraf, geht uns nachstehender Bericht zu:

„In der ersten Hälfte des November wurde Lemberg von den Ukrainern besetzt. Die Polen sandten Truppen gegen die Ukrainer, schließlich kam es zu Waffenstillstandsverhandlungen. Während dieser traf ein Leutnant der französischen Armee, Henry Villaine, im Auto aus Jassy ein und verhandelte mit beiden Parteien zwecks Einstellung der Feindseligkeiten. Man einigte sich dahin: die Kämpfenden mögen in ihren Stellungen bis zum Friedenskongreß verbleiben, bis dahin hätten beide Parteien mit Hinzuziehung der Juden, die von der Entente als Nation anerkannt werden, die Stadt zu verwalten. Die Ukrainer schlugen vor, die jüdische Miliz sollte als Neutrale die Stadtruhe aufrecht erhalten. Die Polen dagegen forderten Ausschluß der Juden, dafür Aufstellung einer polnisch-ukrainischen Miliz.

Der Vertrag kam zustande und der französische Leutnant reiste ab. In der Nacht vom 21. zum 22. erhielten die Polen Verstärkung aus Krakau und Przemysl, überschütteten die Ukrainer mit Granaten, so daß diese der List und Übermacht weichen mußten. Die Ukrainer zogen sich nach Wirmiki, zehn Kilometer von Lemberg, zurück. Daß dies nicht Lembergs endgültiges Schicksal sei, steht für die Ukrainer fest.

Damit war der Kampf gegen die Ukrainer zunächst beendet. Eine zweite Schlacht, aber gegen wehrlose Menschen begann. Bevor ich zur Schilderung dieses Mordens komme, muß ich ein wenig zurückgreifen.

Als die Polen in den vorhergehenden Kämpfen die eine Hälfte der Stadt besetzt hielten, hetzten sie die polnische Bevölkerung durch Artikel in ihrer neugeborenen polnischen Zeitung „Pobudka" (Der Wachruf) gegen die jüdische Bevölkerung auf. Die „Deutsche Lemberger Zeitung" war konfisziert worden, weil sie von Juden verwaltet, in deutscher Sprache erschien und jüdische, deutsche und ukrainische Interessen vertrat. An ihre Stelle trat die „Pobudka" mit dem geraubten Material der deutschen Zeitung. Am 11. erschien der Befehl, daß sämtliche Hauseigentümer ein Verzeichnis aller männlichen Bewohner nach Name, Religion usw. anzufertigen haben. Diese Verzeichnisse hatten den Zweck, die Wohnungen der Juden und Deutschen für eventuelle Plünderungen festzustellen. Beim Verteilen der Lebensmittel wurde den Juden gesagt, daß an erster Stelle die Polen versorgt werden müssen, sollten Überreste bleiben, dann würden die Juden sie erhalten.

Unter dem 17. erschien in der „Pobudka" ein Aufsatz betitelt „Neutrale", worin eine Frau, die sich als „Augenzeuge" ausgab, mitteilte, daß Juden aus den Fenstern die Legionäre mit heißem Wasser begossen und sie vom Tempel aus mit Maschinengewehren beschossen hätten.

Daraufhin begab sich eine jüdische Abordnung, bestehend aus den Herren Professor Dr. Schorr, Advokaten Dr. Allerhand und Dozenten Dr. Freilich zu dem polnischen Abgeordneten Chlamtatsch. Ihre Versicherung, daß die verbreiteten ruchlosen Gerüchte über die Juden erlogen seien, blieb unbeachtet.

Während im polnischen Teile Lembergs die Hetze gegen die Juden von Stunde zu Stunde zunahm, wurde im ukrainischen Stadtteil eine jüdische Miliz gebildet, die die Aufgabe hatte, das jüdische Viertel gegen Bandenüberfälle zu schützen. Diese Miliz hatte fast täglich größere Kämpfe mit Banditen zu bestehen, so am 16. November, wo sie ungefähr 50 Banditen niederschoß. Auch die jüdische Miliz verlor einige ihrer Kämpfer, darunter den Milizleutnant Staub. Als die Ukrainer weichen mußten, sandten die Juden, die die alte Pogromlust der Polen kannten, ein Radiotelegramm „an alle" und baten um Schutz. Es kam keine Hilfe.

Am 22. November begannen dann die polnischen Legionäre mit den Plünderungen jüdischer und deutscher Geschäfte in der Karola-Ludwiga, der Hauptstraße Lembergs. Von dort zogen die Polen in das jüdische Viertel. Die Krakauer, Przemysler und Lemberger Offiziere und Mannschaften der polnischen Legion hielten das Judenviertel umzingelt. Nachdem sie sämtliche Juden und Deutsche, die sie unterwegs trafen, beraubt und die sich Wehrenden rücksichtslos niedergeschossen hatten, eröffneten sie *Maschinengewehrfeuer gegen das Judenviertel*. Die Herausstürzenden wurden mit Handgranaten und Gewehrkugeln empfangen, so daß keine Seele entrinnen konnte. Es half kein Bitten und kein Klagen. Die Krakauer Cebulnastraße besteht jetzt aus Ruinen; *das ganze jüdische Viertel mit den Bethäusern, worin sich viele Familien versteckt hielten, wurde eingeäschert.* Wer nur den Mut hatte, sich hinauszubegeben, um Erbarmen bei den Legionären zu erbitten, wurde *niedergemetzelt*. Das Straßenpflaster war mit *verkohlten und verstümmelten Leichen bedeckt*. Im Kino am polnischen Theater wurden die verstümmelten und verkohlten Leichen aufgestapelt. Dieses Morden wehrloser Menschen (die jüdische Miliz wurde sofort interniert, ihr Schicksal ist unbekannt) dauerte vom 22. November früh bis zum 24. November nachmittags, zu welcher Stunde das polnische Kommando das *Standrecht* verkündete.

Die Zahl der bei dem Lemberger Pogrom *ermordeten Juden beläuft sich auf 1200*, die der Obdachlosen auf 10—12 000."

* * *

Vom jüdischen Nationalrat in Deutsch-Österreich wird aus *Wien* vom 26. November telegraphiert:

„Ein vertrauenswürdiger Augenzeuge, der aus Lemberg soeben hier eingetroffen ist, berichtet über unbeschreibliche Vorgänge, die sich nach der Eroberung Lembergs durch die Polen abgespielt haben. Die polnischen Legionäre marschierten unter dem Kommando von Offizieren in Doppelreihen in die jüdischen Straßen ein, begannen eine systematische Plünderung, erbrachen die jüdischen Geschäfte mit Bajonetten und Handgranaten, umzingelten die Häuser und brannten sie nieder. Einzelne Einwohner retteten sich durch Sprung aus dem Fenster. Die Legionäre schossen die Flüchtenden nieder. Circa 10 000 Juden sind obdachlos, 80 Prozent der Lemberger Judenschaft sind zu Grunde gerichtet, 80 jüdische Häuser sind zerstört. Bisher wurden 600 Tote, 40 verkohlte Leichen gezählt. Die Plünderung dauerte ununterbrochen von Freitag früh bis Sonntags mittags, nachdem die Ruthenen bereits Donnerstag früh aus Lemberg abmarschiert waren. Die Legionäre erklärten offen und ungescheut, daß bereits vor dem Einmarsch die Erlaubnis zu 48stündiger Plünderung gegeben war. Jedenfalls ist erst nach Ablauf dieser 48stündigen Frist das Standrecht proklamiert worden. Jüdische Deputationen sprachen bereits Freitag früh beim polnischen Vorsitzenden Dr. Adam und beim Stadtpräsidenten Dr. Steschowitz vor. Die Verhandlungen verliefen jedoch ergebnislos. Während des Brandes der jüd. Häuser wurde die Wasserleitung gesperrt, so daß es unmöglich war, den Brand zu löschen. Drei Synagogen sind verbrannt. Die jüdische Bevölkerung Lembergs ruft verzweifelt um Hilfe. Setzet alles in Bewegung, da den weiteren polnischen Vormärschen eine weitere Ausdehnung der Pogrome zweifellos folgen wird. Jüdischer Nationalrat für Deutschösterreich."

Dem „Berliner Tagblatt" wird vom 27. November telegraphisch gemeldet:

Breslau, 25. November. Seit Freitag früh ist Lemberg, das ich gestern verlassen habe, wieder in den Händen der Polen, nachdem es mehrere Wochen hindurch in wütenden Straßenkämpfen, denen, wie es heißt, weit über tausend Soldaten und Zivilisten zum Opfer gefallen, von den Ukrainern hartnäckig verteidigt worden war. Ein großer Teil der inneren Stadt, namentlich der Gegend um das Postgebäude, bietet ein Bild wüstester Zerstörung. Das Postgebäude selbst ist völlig ausgebrannt und nur noch eine trostlose Ruine. Fast sämtliche Häuser dieses Stadtteils, der der Brennpunkt des Kampfes war, sind von Handgranaten und zahllosen Gewehrschüssen auf das schlimmste zugerichtet. Unmittelbar nach Einnahme der Stadt durch die Polen begann eine systematische Plünderung aller jüdischen Geschäfte, die sich zu dem furchtbarsten Judenpogrom auswuchs. Es war grauenhaft, innerhalb

zwei bis drei Tagen verwandelte sich das Lemberger Ghetto in einen rauchenden Trümmerhaufen. Die Zahl der Todesopfer, die das Wüten der polnischen Soldaten forderte, wird von Augenzeugen auf mehr als tausend geschätzt. Auf Schritt und Tritt begegnete ich halbverkohlten Leichen von Juden, die in der Verzweiflung aus den Fenstern der brennenden und von den plündernden Soldaten umstellten Häusern gesprungen waren. Zahllose Leichen liegen noch unter den Trümmern. Von seiten der polnischen Behörden geschah nichts, um dem Gemetzel Einhalt zu tun, es unterliegt vielmehr keinem Zweifel, daß man dem verbrecherischen Treiben Vorschub leistete, denn die Banden sprachen es offen aus, daß ihnen erlaubt worden sei, 48 Stunden lang zu plündern. Mehrfach wurden von den Legionären die Zugänge zu den jüddischen Straßen abgesperrt, die Läden und Wohnungen ausgeraubt, dann Brandbomben in die ausgeplünderten Häuser geworfen und wer sich zur Wehr setzte, niedergemacht. Erst nach zwei Tagen, nachdem kaum noch etwas zu retten war, wurde das Standrecht verkündet, das jeden Plünderer mit dem Tode bedrohte. Zugleich erließ das polnische Kommando eine Mitteilung an die Juden, in der die Behauptung aufgestellt wurde, die Juden hätten dadurch, daß sie auf die Legionäre geschossen und sie mit siedendem Wasser begossen die bedauerlichen Unruhen hervorgerufen; es seien Vorkehrungen getroffen, die Juden zu beschützen, aber diese müßten sich jeder „weiteren Provokation“ enthalten. Dieser Aufruf wirkte lediglich als neue Anregung zu pogromistischen Ausschreitungen, denn die polnischen Legionäre hatten es jetzt schwarz auf weiß, daß die Juden feindliche Handlungen gegen die Polen begangen hätten. Erwiesenermaßen waren auch polnische Offiziere an den Plünderungen beteiligt, die sogar am Tage vor den Augen des Publikums vor sich gingen. Man scheute sich sogar nicht, mit den geraubten und oft mit Blut bedeckten Gegenständen die belebtesten Straßen zu passieren.

Von polnischer Seite sucht man die Verantwortung für das Pogrom dadurch abzuwälzen, daß man behauptet, die Plünderer seien als Soldaten verkleidete Banditen gewesen. Das wird aber schon durch die große Anzahl der uniformierten Plünderer und ihre reichliche Ausrüstung mit Waffen und Munition widerlegt. Überdies war schon während der ruthenischen Herrschaft in der Bevölkerung allgemein bekannt, daß die Polen den Juden für den Fall der Einnahme der Stadt den Pogrom angedroht hatten.

Auch in

Polen

hat sich die Pogromwelle über zahlreiche Städte und Ortschaften ergossen. Es kam zu blutigen Ausschreitungen in Warschau, Kielce, Chmeluck, Lasi, Sosnowice, Siedlce, Groschow, Lubomir u. a. O.

Über die Pogrome in

Ungarn

gehen uns folgende Berichte zu:

Marmarosz-Sziget.

Die im ganzen Lande, besonders in den Peripherien herrschenden Unruhen haben gestern in Törösmezö ihre unausbleiblichen jüdischen Opfer gefordert. Der Grundbesitzer Chaim Rosenthal und seine Frau, vornehme, ältere Leute, wurden von der neuorganisierten Bürgerwache, welche aus Bauern besteht, ermordet. Ebenso wurden in Alsókálinfalva zwei Juden von den ruthenischen Bauern erschossen, die übrigen Juden sind von ihrem Dorfe geflüchtet, ihr Hab und Gut den Räubern zurücklassend.

In Dombo verkündete der Gemeindevorsteher daß sämtliche Juden binnen 24 Stunden ihren Wohnort zu verlassen haben, im Weigerungsfalle würde man sie niedermetzeln. Die aus einigen hundert jüdischen Familien bestehende jüdische Gemeinde, klein und groß, arm und reich, Gesunde und Kranke mußten zum Wanderstab greifen und ihr Heim und Vermögen dem plündernden Pöbel überlassen. Das Gleiche geschah in Széleslonka. Nachrichten von Massen-Judenpogromen liefen auch aus den Gemeinden Izaszacsal, Felsöszelistye und anderen Dörfern ein. Unter der hiesigen Judenheit herrschte eine riesige Panik, die noch durch den Umstand gesteigert wurde, daß in einigen Bezirken, z. B. in Taracköz der Stuhlrichter selber an den Pogromen mitwirkte. Die Judenheit der Stadt Mármaros-Sziget mußte unter der Leitung der Zionisten zur Gründung einer jüdischen Selbstwehr greifen, um die Ruhe in der von 10 000 jüdischen Seelen bewohnten Hauptstadt zu sichern, was, abgesehen von kleinen Ausschreitungen, bis jetzt auch gelungen ist. Besonders wirkungsvoll war dabei die seitens der Ungarländischen Zionistischen Organisation aus Budapest hierher gesandte Zionist. Abwehrgruppe, die auch schon in der Umgebung eine lobenswerte Tätigkeit entfaltete. Bei der Organisierung und Leitung der jüdischen Selbstwehr erwarben sich Dr. Arthur Klein, Präsident des hiesigen Zionisten-Vereins und Kadettaspirant Alexander Pogány große Verdienste.

Das Schlimme in der gegenwärtigen Situation ist, daß die Behörden über keine verläßliche Brachialgewalt verfügen, so daß die Bewachung der agrarischen Güter im Werte von Hunderten von Millionen auch seitens der zionistischen und jüdischen Wache geschehen mußte. Es wäre von besonderer Notwendigkeit, ein entsprechendes Eingreifen zur Rettung der ungefähr 130 000 Seelen zählenden Judenheit des Komitates Marmarosz zu veranlassen.

Ein weiterer Bericht.

Den „Mitteilungen des Zionistischen Exekutiv-Komitees in Ungarn“ vom 17. November entnehmen wir den folgenden Bericht:

Aus ganz Ungarn, insbesondere aus den Landgemeinden, kommen grausige Nachrichten. Die Judengemeinden, die bisher in ihrem Patriotismus weit mehr als alle anderen Völker Ungarns leisteten, sind der Zielpunkt der mord- und raubsüchtigen Horden. Die im Kriege unermeßlich reich gewordenen Bauern gehen mit dem Beispiel voran, unterstützt von verschiedenen Judenhetzern, deren Identität bisher nicht festgestellt werden konnte. Werte von vielen hundert Millionen Kronen wurden geraubt und vernichtet. Sehr viele Juden wurden ermordet.

Pogromnachrichten kommen aus der Umgebung von Szabadka, aus Gálszécs, aus dem Komitat Gömör, aus dem von Wallachen bewohnten Komitate Bihar, aus Hermannstadt, aus Paszto, aus den slovakischen Komitaten Neutra und Preßburg; schrecklich wütete die Raubgier der Bauern und Soldaten in den ungarischen Ortschaften des Komitats Sopron, und den Ortschaften in der ungarischen Hauptstadt naheliegenden Komita-

ten. Was jetzt in den Komitaten Trencsén, Arva, Lipto und Neutra vorgeht, ist keine Anarchie mehr, sondern übertrifft noch den Bolschewismus. Es ist unmöglich, zu beschreiben, was sich dort täglich abspielt. Was nicht geplündert werden kann, wird vernichtet. In Csorna wurden beim Wein- und Spiritushändler Steiner in dessen Keller 3000 hl Wein und viel Spiritus ausgelassen, wobei viele der Plünderer erstickten. Aus Nagytapolcsány, Verbo Galgocz und unzähligen anderen Ortschaften kommen ebensolche traurige Nachrichten.

Die durch die ungarischen Zionisten gegründete Selbstwehrgarde ist wohl bestrebt, mit Waffengewalt und Aufklärung dem Plündern Einhalt zu gebieten, ist jedoch nicht in der Lage, überallhin ihre bewaffneten Truppen zu schicken. Bisher wurde in ca. 40 Ortschaften die Ruhe durch die zionistische Garde hergestellt.

* * *

Die Wiener „Jüdische Zeitung" schreibt:

„Aus der ungarischen Provinz kommen sehr beunruhigende Nachrichten. In Preßburg haben Exzesse stattgefunden und in ganz Nordwest- und Nordungarn ist die Bevölkerung gegen die Juden tätlich vorgegangen. Vor allem handelt es sich dabei um das Gebiet der Slowakei, welches dem neuen tschecho-slowakischen Staate angegliedert werden soll. Das tschechische Volk hat es verstanden, in Böhmen tadellose Ordnung zu bewahren und die Neuordnung hat sich dort ohne jede Störung und ohne jede Beeinträchtigung von Leben und Eigentum der Bewohner vollzogen. Es ist eine Pflicht des tschechischen Staates, dafür Sorge zu tragen, daß auch in seinen neuen Gebieten Ausschreitungen vermieden werden. Die Juden haben in diesen Gegenden eine bedauerlich falsche Politik gemacht. Sie haben sich der ungarischen Majoritätsnation in allzu bereitwilliger Weise ausgeliefert. Daher entlädt sich jetzt der Zorn der befreiten Bevölkerung gegen die Juden, in denen sie die Repräsentanten der magyarischen Unterdrücker sehen. Das sind die Folgen der verblendeten assimilatorischen Politik, vor der die einzigen einsichtigen Elemente im Judentum, nämlich die jüdischnationalen Politiker, immer gewarnt haben. Dennoch können wir es nicht zulassen, daß die slowakischen Massen auf die Juden losgelassen werden. Dies kann auch nicht in den Intentionen des tschechischen Nationalausschusses liegen und es ist notwendig, daß die tschechische Nationalregierung in Paris seitens der Entente unzweideutig darüber aufgeklärt wird, daß solche Vorkommnisse nicht geduldet werden."

* * *

Aus Budapest wird geschrieben:

Die Umsturzbewegung in Ungarn und das regellose Zurückfluten der Soldaten von der Front hat in vielen Gegenden des Landes zu schweren Ruhestörungen und groben Ausschreitungen geführt, unter denen in erster Reihe die jüdische Bevölkerung zu leiden hat. So wird aus Nagyßombat (Tyrnau) im Preßburger Komitate berichtet, daß sich dort in der Nacht auf Montag, den 4. November, der Pöbel mit Hilfe zahlreicher von der Front heimgekehrter Soldaten zum Herrn der Stadt gemacht und alle jüdischen Geschäfte und Läden ausgeraubt hat. Das Plündern wurde so gut besorgt, daß heute in Nagyßombat Kleiderartikel nirgends zu bekommen sind. Die Behörde war in Ermangelung der Brachialgewalt machtlos. Der Anblick, den die Stadt jetzt bietet, ist überaus traurig. Ein verödetes Schlachtfeld kann nicht trostloser aussehen. Der von den Plünderern angerichtete Schaden beträgt rund 10 Millionen Kronen.

Eine weitere Meldung aus Nagyßombat besagt: In der Stadt ist die Revolution ausgebrochen. Überall wird die Proklamation des slovakischen Nationalrates verbreitet, wobei die Erregung der slovakischen Bevölkerung gegen die Ungarn und die Juden noch durch die heimkehrenden Soldaten gesteigert wird. Die gleichen Zustände herrschen in der ganzen Gegend. Militär zur Unterdrückung der Unruhen steht nirgends zur Verfügung. In Galgoocz (Freistadt) wurden sämtliche jüdischen Geschäfte ausgeplündert.

Zu argen Ausschreitungen ist es auch in mehreren Städten und Großgemeinden des Pester Komitats gekommen, ferner in der Gegend von Komárom, im Banat, im Weißenburger Komitate und anderwärts. Zahlreiche jüdische Familien vom Lande sind unter Zurücklassung ihrer Habe nach den größeren Städten geflüchtet.

In den zahlreichen von Slovaken bewohnten Teilen Oberungarns haben heimkehrende slovakische Soldaten, wie ein Bericht des „Neuen Pester Journals" angibt, zusammen mit slovakischen Bauern plündernd die Gegend durchzogen und fürchterliche Pogrome veranstaltet. Trotz des energischen Eintretens der Behörden ist es nicht gelungen, diesen Plünderungen ein Ende zu bereiten. Die Plünderer gehen systematisch nach einem vorher entworfenen Plan vor, sie berauben die Geschäfte der jüdischen Kaufleute und tragen alles weg, was nicht niet- und nagelfest ist. Insbesondere werden Spirituosen und Lebensmittel geraubt. Wenn die Juden ausgeraubt sind, wenden sich die Plündernden an Gutsbesitzer und Gutspächter. In Magyarfalu wurde die Zuckerfabrik der Wiener Firma Löwbeer völlig demoliert.

Auch der „Pester Lloyd" vom 9. November meldet, daß in den slovakischen Dörfern der Komitate Preßburg und Nyitra die Bevölkerung „bei den Aristokraten, bei den Notaren und bei den Juden plündere". Es ist jedoch angeblich örtlichen Nationalräten gelungen, mit Hilfe einrückender tschecho-slovakischer Truppen die Ordnung wieder herzustellen.

Die Nummern des „Pester Lloyd" vom 11. und 12. November bringen Einzelheiten über die Pogrome, die erkennen lassen, welchen Umfang sie angenommen haben und wie bedenklich diese Erscheinungen sind. Es werden folgende Ortschaften genannt, in denen es zu besonders schweren Ausschreitungen gekommen ist: Kapuvar, Csorna, Sütör, Endred, Fertesseplak, Sarod, Beled, Rabaopdany. Der Schaden im Komitat Sopron beziffert sich auf mehrere Millionen. Alle Ausschreitungen richteten sich zunächst gegen die Juden und erst wenn bei den Juden nichts mehr zu holen war, gegen andere Bevölkerungselemente. In Csorna versuchte ein dortiger Notar beruhigend auf die Stimmung einzuwirken, aber ohne Erfolg. Die Menge schrie: „Wir schützen die Juden nicht," verjagte den Notar und begann abends, nachdem sie sich in einem Café betrunken und einige Fensterscheiben zertrümmert hatte, die fliehenden Juden zu berauben. Die Anführer waren die Mitglieder der unmittelbar vorher eingesetzten Bürgergarde, dann wurden die Cafés geplündert und die Lebensmittel geraubt. Aus einem benachbarten Orte herbeieilende Gardisten wurden entwaffnet.

Erst am nächsten Tage gelang es den Gardisten, mit Maschinengewehren die Ordnung wieder herzustellen, nachdem bereits der ganze Ort völlig geplündert war.

Ebenso wurden in Kapuvar alle jüdischen Geschäfte erbrochen und ausgeraubt. Jetzt ist die Ruhe in Capuvar und Csorna wieder hergestellt.

In den kleineren Dörfern halten die Plünderungen noch an. Der Korrespondent betont, daß die Ausschreitungen keinen nationalen Charakter hätten, sondern ausgesprochen bolschewistischer Natur wären.

Aus dem Ort Stomfa berichtet ein Leser dem „Pester Lloyd" vom 12. November folgendes:

In der Nacht vom 2. zum 3. November wurden dort in allen jüdischen Geschäften die Fenster eingeschlagen. Am nächsten Tage wurde öffentlich von einem unbekannten Mann eine Hetzrede gehalten, in der augefordert wurde, daß alle Juden binnen 48 Stunden die Stadt zu verlassen hätten. Die Juden saßen bereits auch im Coupee, wurden aber wieder herausgeholt, die Wertsachen ihnen abgenommen und dann sämtliche jüdischen Wohnungen vollständig ausgeraubt. Der Berichterstatter schreibt: „Die Nacht vom 3. auf den 4. war schrecklich. Da wurden die jüdischen Geschäfte der Kaufleute Emanuel Mittler, Moritz Stern, Wilhelm Kohut, Hermine Brunner, Michael Wagner, Witwe Reich, Adolf Kohn total ausgeplündert, die Möbel vernichtet. Es scheint leider noch keine Ruhe zu werden. Bis jetzt sind wir alle schutzlos."

Ähnliche Berichte liegen noch aus einer Reihe weiterer Orte vor. Vielfach sind auch Menschen getötet worden; so brach am 7. November eine bewaffnete Bande in Körösmezö in das Haus des Chaim Rosenthal ein und erschoß ihn und seine Frau. In verschiedenen Dörfern des Komitats Marmarosz sind ruthenische Banden sogar in die Synagoge eingedrungen und haben drei Juden getötet. Die Ruthenen agitieren mit dem Argument, daß die Juden zur Zeit der russischen Invasion die ruthenischen Überläufer den ungarischen Behörden angezeigt hätten.

Judenpogrome in Mähren.

Die Wiener „Jüdische Zeitung" vom 15. November meldet: Es treffen bei uns Nachrichten über Pogrome in Mähr.-Ostrau, Oderfurt und Marienberg ein. Zahreiche jüd. Läden wurden total ausgeplündert, viele Juden verwundet. Der Schaden und die Verwüstung sind riesig. Nähere Einzelheiten fehlen noch. — Auch in Groß-Karlowitz (bei Wsetin) wurden die Juden ausgeraubt und geschlagen.

Ausschreitungen gegen Juden in Deutsch-Böhmen.

Das „Prager Tageblatt" vom 8. November berichtet:

„Am Mittwoch kam es — wie man uns aus Aussig telephoniert — in Falkenau zu großen Ausschreitungen, die offensichtlich nach einem bestimmten Plan organisiert waren. Schon in den Vormittagsstunden war ein starker Zustrom von Leuten aus den Dörfern nach der Stadt bemerkbar. In den frühen Nachmittagsstunden bildeten sich Banden und sofort setzte auch der Ansturm auf einzelne Geschäftsläden ein. Die Wut der Menge richtete sich gegen die Juden. Einzelne Läden wurden gänzlich ausgeraubt. Selbst vor Privatwohnungen wurde nicht Halt gemacht. Stundenlang durchzogen die Leute mit ihrem Raube die Straßen. Das Plündern währte bis in die späten Nachmittagsstunden und hörte erst nach Eingreifen der eilends gebildeten bewaffneten Jugendwehr auf. Der bereits am Sonntag gebildete Sicherheitsausschuß hat vollständig versagt. Am Donnerstag früh wurde über Falkenau das Standrecht verhängt. Von Eger ist eine Abteilung Nationalgarde eingetroffen.

Pogrome in Siebenbürgen.

Aus Budapest meldet das „Neue Wiener Journal" vom 29. November:

„Die in Siebenbürgen eingerückten rumänischen Truppen haben in Borgo-Pund ein Pogrom veranstaltet. Sie überfielen gemeinsam mit der Bevölkerung die Häuser und Geschäfte der Juden und raubten 150 jüdische Familien vollkommen aus.

Sie leugnen und drohen!

Amtliche Erklärung der „Polnischen Liquidationskommission" in Galizien über die Pogrome.

Der polnischen Gesandtschaft in Wien ging ein Communique der „Polnischen Liquidationskommission" über die Ereignisse in Galizien mit der Bestimmung zu, es allen Ententemächten und den neutralen Regierungen bekanntzugeben. Es heißt

Wir ersuchen das Abonnement für das neue Quartal des „Jüdischen Echo" zu erneuern.

darin u. a.: „Die Polnische Liquidationskommission weist darauf hin, daß die von den jüdischen Nationalräten und der jüdischen Presse verbreiteten tendenziösen Lügen über angebliche Judenpogrome in Westgalizien dazu geeignet sind, die polnische Gesellschaft aufs schärfste herauszufordern. In Galizien herrscht überall Ruhe. An einigen Orten sind Unruhen ausgebrochen, die auf das Banditenwesen, das in weit stärkerem Maße in Ungarn, Slavonien, Österreich, Deutschland, Böhmen und Mähren grassiert, zurückzuführen sind. Die jüdische Presse verzeichnet Pogrome auch an anderen Orten, führt aber einen weltumspannenden Verleumdungsfeldzug gegen Polen.

Die Beziehungen der Mehrheit der jüdischen Bevölkerung zu Preußen und der ehemaligen österreichischen Regierung sind zu offenkundig, um zu verkennen, in wessen Interesse sie wirkt. Die Liquidationskommission hat bereits an die Entente das Ersuchen gerichtet, Vertrauensmänner zu entsenden, die sich an Ort und Stelle von der Wahrheit überzeugen sollen. Wir fühlen uns aber zu der Erklärung genötigt, daß, falls die jüd. Presse fortfährt, das polnische Volk vor aller Welt ungerechterweise zu beschuldigen, sie es der polnischen Macht unmöglich machen würde, die öffentliche Entrüstung niederzuhalten und es könnte in Wirklichkeit das geschehen, was bisher nur in den ausgestreuten Verleumdungen behauptet wurde.

Auch die polnische Regierung in Warschau, mit dem sozialistischen Ministerpräsidenten Daszynski an der Spitze, hat, wie uns berichtet wird, sich zu einer amtlichen „Bekanntmachung" veranlaßt gefühlt, in der die polnischen Pogrome als harmlos dargestellt und die unverfrorene Behauptung aufgestellt wird, die Juden trügen durch ihre bolschewistische Agitation die Hauptschuld an allen Unruhen. Die Aufregung und Empörung über diese „sozialistische" Hetze ist in allen Kreisen der jüdischen Bevölkerung eine ungeheuere.

Darstellung der polnischen Gesandtschaft.

Das W. T. B. meldet:

Die polnische Gesandtschaft läßt uns eine Erklärung zu den Zeitungsmeldungen über die Vorkommnisse in Lemberg zugehen, worin es heißt: „Der Aufklärung des Tatbestandes durch Unparteiische, besonders durch die bereits aus Budapest in Lemberg eingetroffenen Ententedelegierten, sehen wir zuversichtlich entgegen. Bezüglich der Tatsache, ist darauf hingewiesen, daß Galizien, insbesondere Lemberg, seit Jahr und Tag der Tummelplatz einer überaus großen Zahl von Deserteuren der früheren k. k. und der russischen Armee ist, die in eigenen Uniformen oder solchen der früheren polnischen Legion in manchen Gegenden zu Tausenden die öffentliche Sicherheit gefährdeten. Seit Anfang des Monats war Lemberg Schauplatz eines erbitterten Straßenkampfes der Ukrainer und Polen, bei dem der Zivilbevölkerung die schwersten Opfer nicht erspart bleiben konnten. Bei der Eroberung durch die Polen entstand durch den panikartigen Rückzug der Ruthenen ein Tumult, der von allerlei Banditen zu Plünderungen und blutigen Mordtaten benutzt wurde. Es ist begreiflich, daß das polnische Kommando im Augenblick des Siegeseinzuges nicht mit der Verkündung des Standrechts die polnische Herrschaft beginnen wollte. Nach Verkündung des Standrechts wurde eine Reihe Schuldiger sofort standrechtlich erschossen. Ferner wurde die Stadt abgesperrt, um deren Säuberung von unsicheren Elementen zu ermöglichen. Es wurde nicht nur das Judenviertel, sondern auch andere Stadtteile mit dem Postgebäude, dem Landtagsgebäude und anderen öffentlichen Gebäuden in Mitleidenschaft gezogen. Es erscheint absolut undenkbar, daß polnische Offiziere und Mannschaften unter dem Oberbefehl des früheren österreichischen Feldmarschall-Leutnants Rowadowski und unter Führung des Generals Roja oder die ihnen unterstellte freiwillige Legion der Krakauer akademischen Jugend sich an den blutigen Exzessen beteiligt haben sollten. Seitens der polnischen Regierung mit Pilsudski als Staatsoberhaupt an der Spitze, dessen Gerechtigkeitssinn und Demokratismus niemand in Frage stellen dürfte, wird alles aufgeboten werden, um der Bevölkerung ohne jeglichen Unterschied Leben und Erwerb sicherzustellen und Anschläge auf die öffentliche Ordnung, wie sie in Lemberg geschahen, zu vereiteln.

Protestkundgebungen.

Eine Delegation des Jüdisch-Sozialistischen Arbeiterverbandes Poale-Zion und der Skandinavischen Zionistischen Organisation besuchte den amerikanischen und französischen Gesandten und überreichte ihnen die beim Stockholmer Protestmeeting angenommene Resolution nebst allem Material über Lemberger und sonstige Pogrome in Galizien und Polen. Die Mitglieder der Delegation stellten dar, daß die gesamte Judenheit des polnischen Gebietes sich in Lebensgefahr befindet, wenn nicht sofort seitens der Entente militärisch interveniert wird. Die Delegation wurde äußerst freundlich empfangen und die beiden Gesandten versprachen, sowohl die Resolution, als auch das Material ihren Regierungen telegraphisch zu übermitteln und den Wunsch nach militärischer Intervention tatkräftig zu befürworten.

Die vielgelesene Stockholmer Zeitung „Tidningen" bringt einen Leitartikel über den Lemberger Pogrom, indem sie erklärt, daß diese empörenden Grausamkeiten ein Fleck auf der neuen Freiheit Polens seien, der zum Protest der gesamten zivilisierten Welt herausfordere.

Die Zeitung „Aftontidingen" schreibt, daß die Metzeleien in Lemberg ein Beweis sind, daß das polnische Volk für die Freiheit, die ihm Europa gern zugestanden habe, nicht reif sei. Der bedeutende skandinavische Gelehrte Arne verlangte in Aftontidingen die Haftung der intellektuellen und sozialdemokratischen Kreise Polens und fragt, wo auch nur ein einziger Pole gegen die Scheußlichkeiten Protest erhoben habe. Er erklärt, daß die Pogrome endgültig die Legende von der polnischen Ritterlichkeit zerstört haben.

* * *

Das „Jüdische Preßbureau" in Stockholm meldet aus New York: „Richter Mack richtete im Namen der Zionistischen Organisation Amerikas, Louis Marshall namens des American Jewish Committee einen dringenden Appell an Wilson, die Pogrome in Galizien und Polen einzustellen.

Das „Jüdische Preßbureau" in Stockholm berichtet aus London: „Nahum Sokolow reist mit den Herren Tolkowsky und Marx nach Paris ab, um ein Informationsbureau einzurichten und beim Friedenskongreß die politische Arbeit für die Schaffung der nationalen Heimstätte in Palästina und die Sicherung der nationalen Rechte der jüdischen Minderheiten in der Diaspora zu

sichern. Herr Rosoff aus Petersburg, Mitglied des Großen Aktionskomitees der Zionistischen Organisation und der Zionistischen Palästinakommission, der sich von London aus unterwegs auf der Reise nach Palästina befand, ist nach Paris zurückberufen worden."

Das „Jüdische Preßbureau" in Stockholm berichtet: „Die sozialdemokratische Fraktion des schwedischen Reichstags sandte eine Deputation zur Regierung, welche gegen die empörenden Pogrome in Galizien und Polen protestierte und eine Protestnote an die polnische Regierung verlangte. Die Delegation betonte, daß der Protest allerdings nur moralische Bedeutung haben kann, aber doch nicht ohne Wirkung sein werde. Der Minister des Äußeren erklärte, die starke Empörung gegen die Pogrome zu teilen, doch sei er außerstande, die verlangte Note an die polnische Regierung zu richten, weil Schweden keine diplomatische Verbindung mit der polnischen Regierung unterhalte."

Eine Besprechung in der Reichskanzlei.

Aus Berlin geht uns von unterrichteter Seite folgende Mitteilung zu:

In der Reichskanzlei fand am 29. November eine Besprechung mit drei polnischen Politikern, nämlich den Herren Reichstagsabgeordneten von Trampczynski und den Vertretern des Obersten Polnischen Voksrats in Posen, Marchlepski und Poswinski statt, an der von deutscher Seite die Herren Dr. Breitscheid, Volksbeauftragter im Ministerium des Innern, H. v. Gerlach Unterstaatssekretär im Ministerium des Innern und Reichstagsabgeordneter Dr. Oskar Cohn vom Reichsjustizamt teilnahmen. Die Besprechung behandelte die Pogrombewegung gegen die jüdische Bevölkerung in Kongreßpolen und Galizien. Als Ergebnis der Besprechung ist festzustellen, daß die polnischen Politiker erklärten, daß sie durchaus einsehen, daß die jüdische Frage in Polen jedenfalls auf der Friedenskonferenz zur Erörterung kommen müsse. Die polnische Regierung stehe nicht auf dem Standpunkt, die nationalen Minderheiten zu vergewaltigen. Die polnischen Politiker leiteten im Gegenteil schon aus der Geschichte des alten Polens die Verpflichtung her, auch den Juden volles Recht zu gewähren. Die polnischen Politiker erklärten sich bereit, dem polnischen Ministerium sogleich eine öffentliche Bekanntmachung gegen die Pogrome, sowie die Anrufung einer neutralen Regierung anzuraten, die zur Untersuchung der zahlreichen Berichte über die Pogrome gegen die jüdische Bevölkerung eine unter neutralem Vorsitz arbeitende Kommission niedersetzen sollte. Über die Zusammensetzung der Kommission soll noch verhandelt werden, indes erklärten die polnischen Politiker, daß sie mit der Zuziehung jüdischer Kommissionsmitglieder durchaus einverstanden seien, auch nicht darauf beständen, daß diese den Kreisen der jüdischen Assimilation entnommen werden. Es ist abzuwarten, ob diese Zusage, zu der sich die polnischen Politiker bisher deutscher Staatsangehörigkeit gegenüber Mitgliedern der deutschen Regierung bereit erklärt haben, nunmehr auch von dem polnischen Ministerium eingelöst werden wird.

* * *

Das „Zionistische Zentralbureau" in Berlin erhält vom Jüdischen Nationalrat in Wien folgendes Telegramm vom 28. November:

„Auf unser Verlangen nach Absendung einer Prüfungskommission, welche die Untersuchung über die Pogromgreuel in Galizien führen soll, verwahrt sich das polnische Liquidationskomitee in Krakau gegen die Einmischung in innerpolitische Angelegenheiten. Es ist daher zu erwarten, daß von polnischer Seite nur solche Juden zugezogen werden, welche aus Gründen ihrer polnisch-assimilatorischen Politik durchaus geneigt sind, die Vorfälle zu vertuschen, oder die unter rücksichtslosem Druck von polnischer Seite stehen, so daß eine wahrheitsgetreue Untersuchung nicht zu befürchten ist. Gegen diese Gefahr muß mit allen Mitteln eingeschritten werden. Die Pogrome sind ebenso wie die Armeniergreuel eine internationale Angelegenheit. Es ist unbedingt notwendig, daß die Untersuchung unter Zuziehung nichtgalizischer Juden unter offizieller Beteiligung der Zionistischen Organisation geführt wird. Daszynski macht den verleumderischen Versuch, die Polen von der Schuld an den furchtbaren Verbrechen reinzuwaschen, indem er die Pogrome auf Anstiftung von deutsch-österreichischer Seite zurückführen will.

Das jüdische Volk auf der Friedenskonferenz.

Zum Friedenskongreß.

Ein Londoner Korrespondent des Jüdischen Preßbureaus in Stockholm berichtet, daß wegen der erwarteten Abhaltung des Friedenskongresses in Versailles die Zionistische Organisation ein Bureau in Paris organisiert, welches wahrscheinlich von Sokolow geleitet werden wird.

Louis D. Brandeis auf der Friedenskonferenz.

Das tschecho-slovakische Preßbureau meldet unter dem 19. November aus Genf: „Petit Journal" konstatiert, daß Wilson auf seiner Reise nach Europa von Staatssekretär Lansing und Oberrichter Louis D. Brandeis begleitet werden wird.

Die Vertretung des jüdischen Volkes auf dem Friedenskongreß.

Wie aus den letzten Nummern des „Jewish Chronicle" deutlich hervorgeht, ist man in englisch-jüdischen Kreisen der Meinung, daß die Öffentlichkeit jetzt über die genaue Bedeutung des Begriffes einer „nationalen Heimstätte" in Palästina, die in der englischen Regierungserklärung zugesichert worden war, aufgeklärt werden sollte. Der „Jewish Chronicle" ist der Meinung, daß die Ausführungen von Sir Herbert Samuel anläßlich der Empfangsfeier für die zionistische Kommission der geeignete Anlaß gewesen wären, um konkrete Angaben zu machen, daß aber Mr. Samuel von dieser Gelegenheit keinen Gebrauch gemacht habe. Das genannte Blatt bringt in seiner Nummer vom 1. November einen Aufsatz von S. Gilbert, in dem die Frage nach dem Umfang der jüdischen Rechte eindringlich gestellt wird. In diesem Aufsatz heißt es:

„. . . . Man kann nur wünschen, daß das jüdische Volk auf diesem Friedenskongreß eine würdigere Rolle spielt als auf den früheren. Man darf aus den Umständen schließen, daß ein Jude — Lord Reading —, einer der englischen Delegierten auf dem Friedenskongreß sein wird, und sicherlich werden die jüdischen Interessen in diesem Falle gebührend berücksichtigt werden. Aber viel wirksamer wäre es, wenn ein Vertreter von den Juden selbst ernannt würde. Die Leiden, welche die Juden in diesem Kriege ertragen haben, ihre Bedeutung in der Welt und die neue Würde, die

ihnen die britische Erklärung verliehen hat, berechtigen sie zu einer besonderen Stellung auf dem Friedenskongreß. Es ist die erklärte Absicht der Alliierten, dem jüdischen Volke eine „nationale Heimstätte“ zu gewähren. Ist es dann zu viel verlangt, daß eine solche nationale Macht mit ihrer eignen Stimme und nicht durch die Stimme einer anderen sprechen solle?

Aber noch auf einen Punkt möchte ich hinweisen. Friedenskongresse hat es schon früher gegeben und feierliche Verträge, in denen die jüdischen Rechte verbürgt wurden. Diese Verträge wurden, soweit sie die Juden betrafen, als Fetzen Papieres angesehen. Der Jude ist durch die Geschichte gewarnt. Er kann nicht länger die Wahrung seiner vertraglichen Rechte dem Wohlwollen dieser oder jener Macht überlassen. Er muß sich dem Chor der Stimmen anschließen, die zweifellos nach Sicherung der Friedensabmachungen durch einen Völkerbund rufen werden. Dem Juden muß die Möglichkeit gegeben werden, die Hilfe des Völkerbundes gegen jede Regierung anzurufen, welche die ihm im Friedensvertrag zugesicherte Freiheit vernachlässigt oder verletzt. Aber das genügt natürlich noch nicht. Wer soll den Protest der Juden vorbringen? Irgend ein freundlich gesinntes Volk? Sicherlich nicht. Der Jude muß sein Werk selbst tun. Das jüdische Volk, das in Palästina errichtet werden soll, muß seine gesetzliche Stellung im Bunde der Nationen erhalten und muß von dieser Stelle aus seine Forderungen erheben und die Rechte seiner Stammesgenossen verteidigen. Wir wollen unverzüglich wissen, wie das von der Regierung gebrauchte Wort „national“ tatsächlich zu verstehen ist. Es ist jetzt nicht die Zeit für Unbestimmtheiten und Zweideutigkeiten. Über die Jugoslaven oder die Stellung der Tschechoslaven bestehen keine Geheimnisse, und es sollten auch keine über das neue Zion bestehen. Der entscheidende Augenblick ist gekommen. Soll es eine jüdische Nation geben, welche der Liga der Nationen als gleichberechtigt angehören und die moralische Macht besitzen soll, Israels Freiheit zu wahren? Wenn die Antwort ein klares „Ja“ ist, dann gibt es keinen Grund, sie zurückzuhalten. Wenn die Antwort anders ausfällt, so haben die Juden umsonst gekämpft, und der Friedenskongreß eröffnet nur ein neues und vielleicht noch dunkleres Kapitel ihrer langen Geschichte in der Diaspora.“

Öffentliche Kundgebung der nationalen Juden in Stadt und Provinz Posen.

Auf Einladung der Posener Zionisten hatte sich am 20. November eine mehr als tausendköpfige Versammlung im Zoologischen Garten zusammengefunden, um zu den jüdischen Gegenwartsfragen Stellung zu nehmen.

Das Mitglied des Großen Aktionskomitees, Rechtsanwalt Dr. Klee aus Berlin, führte, dauernd von begeisterter Zustimmung der Anwesenden begleitet, etwa Folgendes aus:

Das jüdische Volk verlangt von der Friedenskonferenz die Wiedergutmachung eines zweitausendjährigen Unrechts. Palästina muß wieder die nationale Heimstätte des jüdischen Volkes werden. Hinter dieser Forderung steht heute die überwältigende Majorität des jüdischen 14 Millionen-Volkes, insbesondere die Majorität der amerikanischen Juden und der Juden des Ostens. Die Erfüllung der Forderung ist von den Mächten der Entente zugesagt, ihre Berechtigung von den Mittelmächten anerkannt. Hinter ihr stehen auch die Stockholmer Beschlüsse der internationalen Sozialdemokratie. Die Juden fordern weiter die kulturelle Autonomie überall, wo ihre Durchführung möglich ist. Hierzu gehört auch die Erweiterung der Zuständigkeit der jüdischen Gemeinden und ihre Umgestaltung in Volksgemeinden, die für alle jüdischen Fragen zuständig sind, selbstverständlich auf der Basis eines völlig freiheitlichen Wahlrechts. Bei der Erörterung der Polenfrage erkennt Dr. Klee das Recht des polnischen Volkes auf die Wiederherstellung seiner alten nationalen Selbständigkeit in den Grenzen, die die Friedenskonferenz bestimmen wird, gern an und weist unter stürmischem Beifall darauf hin, daß er von einem freien Volke erwarte, daß es anderen Nationalitäten die Möglichkeit freier Entfaltung ihrer nationalen Eigenart gewähre. Es müsse von den politischen und geistigen Führern des polnischen Volkes verlangt werden, daß sie Pöbelexzessen und Pogromen gegenüber restlos ihre gesamte Autorität einsetzten. Dr. Klee weist auf das erfolgreiche Wirken der jüdischen Nationalräte hin, die sich in der Ukraine, in Galizien, in Deutsch-Österreich und im tschecho-slovakischen Staat gebildet hätten. Auf dem Boden der Forderungen des Prager Nationalrates hätten sich sämtliche mährischen Synagogengemeinden gestellt. Dr. Klee schloß mit warmer Anerkennung des Jüdischen Volksrates von Posen.

Aus der Aussprache, an der sich die Herren Dr. Lelewer, Rechtsanwalt Nehab und Dr. Calvary beteiligten, ist besonders die Erklärung des letzteren hervorzuheben, daß sich die orthodoxe Judenheit Posens mit allen ihren Organisationen auf den Boden der jüdischen Nationalität stelle und sich dem jüdischen Volksrat einordne. Sie seien bereit, in geschlossener nationaler Organisation mit den Zionisten zusammen zu arbeiten.

Der Leiter der Versammlung, Rechtsanwalt Dr. Kollenscher, präzisierte unter Zustimmung der Versammlung darauf die Aufgaben des Jüdischen Volksrats für Stadt und Provinz Posen. Folgende Resolution, deren Übermittlung nach Kopenhagen beschlossen wurde, wurde unter allseitiger Zustimmung angenommen. „Die am 20. November in Posen versammelten über 1000 Juden aus Stadt und Land Posen entbieten der Zionistischen Zentralleitung ihren herzlichen Gruß. Sie stellen sich mit Begeisterung auf den Boden des Kopenhagener Manifestes. Sie erklären, mit aller Kraft für die Verwirklichung dieser Forderungen zu arbeiten. Sie sprechen dem Aktionskomitee für seine aufopfernde und erfolgreiche Tätigkeit während des Krieges ihren wärmsten Dank aus.“

* * *

Die auf dem Boden der Orthodoxie stehenden jüdischen Vereine und Organisationen Posens erlassen folgende Kundgebung:

Der „Zentralverein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens, Ortsgruppe Posen“ empfiehlt in einem Rundschreiben vom 19. November, sich von öffentlichen Versammlungen und Kundgebungen der nationaljüdischen Bewegung in Posen im Interesse der Geschlossenheit des Judentums fernzuhalten. Gegen diese Boykotterklärung, die sich gegen einen Teil der jüdischen Gemeinschaft richtet, muß Verwahrung eingelegt werden. Der Boykott ist eine verwerfliche Waffe, die besonders auf geistigem Gebiete angewandt, bestehende Gegensätze verschärft und Gehässigkeit hervorrufen muß. Das Interesse der Geschlossenheit

des Judentums, die durch das Rundschreiben angeblich gewahrt werden soll, und die uns in dieser ernsten Zeit so bitter not tut; wird durch die gehässige Boykotterklärung aufs Gröblichste verletzt. Gegen die Behauptung des Rundschreibens, „daß wir eine Glaubensgemeinschaft, nicht aber ein jüdisches Volk sind und sein wollen" erklären wir, daß wir Juden, das alte Volk der Bibel, das älteste Volk der Weltgeschichte waren, sind und bleiben werden, das den Jahrtausenden getrotzt hat und durch Gottes Gnade nach göttlicher Verheißung nicht untergehen wird; ein Volk, das durch seinen Nationalbesitz, die Thora, charakterisiert und geadelt wird; ein Volk, das sich seit Urbeginn als Gottesvolk gefühlt und bekannt hat; ein Volk, bei dem sowohl die Bezeichnung als bloße Glaubensgemeinschaft, wie auch als bloße Nationalität als Torso empfunden wird; ein Volk, dessen Religionsgesetz es gebietet, daß alle seine Volksangehörigen gute Staatsbürger in allen Ländern ihres Aufenthaltes seien. Dies ist der Standpunkt der ganzen thoratreuen Judenheit.

Die Lage in Rumänien.

Die Nachrichten, die wir über die Entwicklung der Dinge in Rumänien bekommen, bestätigen unsere Prophezeiung. Die für die Einbürgerung zuständigen Gerichtshöfe verlangen die Erbringung derartig vieler Nachweise von den Petenten, daß ihren Ansprüchen nicht entsprochen werden kann. Während das Gesetz z. B. anordnet, daß Frauen und eheliche Kinder derjenigen, die naturalisiert werden, ohne weiteres mitnaturalisiert werden, verlangen zahlreiche Gerichtshöfe, wie die in Piatra, Neami Tecuci und andere, daß die Parteien einen Heiratsaktauszug für die Frau und Geburtsaktauszüge für die Kinder mitvorlegen, obwohl eine dies anordnende Bestimmung im rumänischen Reglement ausdrücklich aufgehoben war, weil diese Verpflichtung im Widerspruch zu dem Naturalisationsgesetz stand.

Noch empörender ist es, daß sich die Gerichtshöfe, wie z. B. der in Galaz, mit dem Nachweis über die Abschließung der Ehe nicht begnügen sondern außerdem noch verlangen, daß der Gesuchsteller den Nachweis der Rechtmäßigkeit der Ehe seiner Eltern sowie der Rechtmäßigkeit seiner eigenen Ehe erbringt. Es braucht nicht betont zu werden, daß die Auferlegung derartiger Bestimmungen der Aufhebung des Gesetzes absolut gleichkommt.

Aber das sind nicht die einzigen Beschwerden, die von den rumänischen Juden heute erhoben werden. Einige Bezirksgerichte verlangen drei Zeugenaussagen, statt der vorgeschriebenen zwei, andere gestatten Zeugenaussagen nur zweimal in der Woche und auch dann nur von fünf Gesuchstellern an einem Tage, was es in größeren Ortschaften, wie Bukarest, Jassy usw. beinahe unmöglich macht, sich die notwendigen Akten zu verschaffen. In Galaz werden im Widerspruch zu den Artikeln 24 und 57 des Zivilgesetzbuches Verwandte als Zeugen abgelehnt. Eine andere vielbeliebte Schikane gründet sich auf die Verschiedenheit in den Namen, weil in letzter Zeit viele Personen ihren Namen rumanisiert haben. Eine weitere Erschwerung besteht darin, daß zahlreiche Gerichtshöfe den Nachweis sowohl von den Zivil- wie auch von den Militärbehörden verlangen, daß der Antragsteller nicht vorbestraft ist. Es ist selbstverständlich, daß auch die Beschaffung dieser Bescheinigung die Naturalisation außerordentlich erschwert. Insbesondere sind es die militärischen Behörden, die das Gesetz in schamlosester Weise umgehen. So hat es der Oberst Jon vom 14. Infanterie-Regiment gewagt, dem Soldaten Moses Grünberg zehn Tage Einzelarrest zu geben, weil er ein Zeugnis über seinen Fahnendienst, das er zur Naturalisation brauchte, forderte. Als der Oberst vom Divisionsgeneral über die Richtigkeit dieser Angelegenheit befragt wurde, erklärte er, er übernehme die volle Verantwortung und verweigere jede Auskunft und die Ausstellung eines Aktes. Ähnliche Vorgänge spielten sich beim 16. Infanterie-Regiment in Falticeni ab.

Die vorliegenden Fälle bilden nur einen kleinen Auszug aus dem uns vorliegenden Material, aber auch aus ihnen wird für jeden die elementarsten Rechtsgrundsätze anerkennenden Menschen klar, daß die Friedenskonferenz die Frage der rumänischen Juden in einer Weise lösen muß, die eine Naturalisation ohne Einschränkung auf einzelne Kategorien und ohne Möglichkeit der Umgehung ermöglicht.

Wahlen in der Münchner Kultusgemeinde.

Der orthodoxe Verein „Ohel Jacob" und die „Zionistische Ortsgruppe München", haben, wie man uns mitteilt, gemeinsam bei der hiesigen Kultusgemeinde unter Hinweis auf die dem geltenden Mehrheitswahlrecht anhaftenden Mängel (vergl. den Aufsatz von Dr. E. Straus in Nr. 47 d. Bl.) und unter Berufung auf den Erlaß der Reichsregierung vom 12. November 1918 eine schleunige Änderung des Wahlverfahrens unter Einführung des Proportionalwahlrechts beantragt. Der Verwaltungsausschuß hat in seiner Sitzung vom 28. November beschlossen, diesen Antrag einer Kommission zur Bearbeitung zu übergeben. In der Beratung wurde von den Rednern, die sich zu der Frage äußerten, zwar einhellig die Berechtigung des Verlangens nach Einführung der Verhältniswahl anerkannt; es wurde aber von liberaler Seite neuerdings der Standpunkt vertreten, es solle eine Änderung der einschlägigen Statutenbestimmungen nur gleichzeitig mit einer allgemeinen Revi-

sion der Gemeindestatuten vorgenommen werden. Mit dem gleichen Argument hat man bereits seit acht Jahren die Einführung der Verhältniswahl hintanzuhalten gewußt. Man hätte seit dem Jahre 1910 wohl Zeit gehabt, die Statutenrevision in die Wege zu leiten. Aber man dachte gar nicht daran, dies zu tun. Anträge der Minderheit wurden unter Hinweis auf die in Aussicht stehende Änderung der Gesetzgebung von der Mehrheit abgelehnt. — Die Münchener Kultusverwaltung sollte sich klar darüber sein, daß nach den Umgestaltungen, die unser gesamtes öffentliches Leben erfahren hat, es fürderhin nicht mehr angeht, einen erheblichen Teil der Gemeindewähler durch das veraltete Wahlsystem des Gemeindestatuts rechtlos zu stellen und die Gemeindewahlen durch kleine Konventikel des liberalen Vereins „machen“ zu lassen. Die Verhältniswahl ist heute als das einzig zulässige Wahlsystem gesetzlich anerkannt. Ihre Durchführung läßt sich nicht hindern und nicht verschieben. Weder Statuten- noch Gesetzesrevision dürfen hier zum Vorwand dienen. Gerade wenn man einschneidende Änderungen des Gemeindestatuts für notwendig hält, muß man vorher die Gemeindeverwaltung so zusammensetzen, daß alle Wähler und Wählergruppen darin nach Maßgabe ihrer Stärke in der Gemeinde zur Geltung kommen. Ein nach veraltetem Wahlsystem zusammengesetzter Verwaltungsausschuß ist gar nicht das geeignete Organ zu einer allgemeinen Statutenrevision.

Wir hoffen, daß die von der Verwaltung eingesetzte Kommission diese Gesichtspunkte bei ihrer Arbeit beachten und raschestens die Einführung des neuen Wahlsystems in dem Gemeindestatut in die Wege leiten wird, so daß schon die nächsten Wahlen nach einem gerechten Wahlverfahren erfolgen.

Wann finden diese Wahlen statt? Nach dem Gemeindestatut sind, wie wir wiederholt hier betont haben, die Mandate aller 18 Ausschußmitglieder abgelaufen. Ob die während der Kriegsjahre von der Verwaltung beschlossene Verlängerung ihrer eigenen Amtsdauer rechtlich zulässig war, mag dahingestellt sein. Die Verwaltung kann sich hiebei jedenfalls auf das Vorbild anderer politischer Korporationen berufen. Heute nach Beendigung des Kriegs fehlt jeder Rechtsgrund für einen weiteren Aufschub der Wahlen. Trotzdem hat die Verwaltung am 28. November unter Mißachtung des Statuts beschlossen, neuerdings die Wahlen um ein Jahr zu verschieben und — auch dann nur sechs — statt achtzehn — Mitglieder zur Wahl zu stellen. Wir erblicken in diesem Beschluß einen schweren Übergriff der Verwaltung in die Rechte der Wähler. Der Verwaltungsausschuß scheint ganz zu vergessen, daß er seine Stellung ausschließlich dem Mandat der Gemeindemitglieder verdankt und daß er rechtlich an die Grenzen des ihm erteilten Auftrags gebunden ist. Eine Tätigkeit, die er außerhalb dieser Grenzen entfaltet, entbehrt des Rechtsbodens.

Die Kultusgemeindeverwaltungen in Bayern haben weitgehende öffentlich-rechtliche Befugnisse; sie haben vor allem das Besteuerungsrecht. Glaubt die Münchener Kultusverwaltung wirklich, es stehe in ihrem Belieben, sich über Recht und Satzung hinwegzusetzen? Wie denkt sie sich z. B. ihre Lage, wenn künftig ein Gemeindemitglied der unrechtmäßig im Amt verharrenden Verwaltung die Zahlung der Kultussteuern verweigert? Werden die Verwaltungsgerichte im Streitfall die Kompetenz des satzungswidrig amtierenden Ausschusses anerkennen? Wir möchten das aufs Entschiedenste bezweifeln.

Die Münchener Kultusverwaltung hat mit ihrem neuesten Beschluß den Boden des Rechts verlassen. Will sie diesen Beschluß aufrecht erhalten?

E. St.

Aus der jüdischen Welt

Amerika.

Der jüdische Kongreß in Amerika. Das „Jüdische Preßbureau“ in Stockholm telegraphiert:

Wir erhalten von unserem Korrespondenten in London die telegraphische Mitteilung, daß die jüdisch-amerikanische Presse einstimmig und mit großem Nachdruck die Forderung nach der baldigen Einberufung des jüdischen Kongresses in Amerika stellt. Der Forderung der öffentlichen Meinung entsprechend, hat die eingesetzte Executive des jüdischen Kongresses die Arbeit wieder aufgenommen.

Aus aller Welt.

Branting für das Jüdische Volk. Das „Kopenhagener Zionistische Bureau“ berichtet:

Die Zionistische Organisation in Stockholm veranstaltete am 2. November eine große Volksversammlung, die sich zu einer großartigen Kundgebung der jüdischen Bevölkerung Stockholms für den jüdisch-nationalen Gedanken gestaltete. Der bedeutende sozialdemokratische Führer Skandinaviens Branting und der Bürgermeister Lindhagen bekannten sich in längeren Ansprachen zum vollen Anschluß an die jüdischen Forderungen bezüglich Palästinas und der nationalen Autonomie in der Diaspora und brachten ihre Überzeugung zum Ausdruck, daß diese Forderungen jetzt zur Erfüllung gelangen werden. Branting betonte ausdrücklich, daß er im Namen der Internationale spreche.

Ausbreitung des Zionismus. Bei einer von den assimilatorischen Notabeln in Budapest einberufenen Versammlung erklärte Minister Barnabas Buza auf einen zionistischen Zwischenruf „Es lebe die jüdische Nation“, daß er sich diesem Rufe anschließe und daß das ungarische Judentum stolz darauf sein könnte, daß die Juden eine separate Nation bilden.

Das bisherige offizielle Organ der ungarischen Assimilanten „Egyenlöség“ hat sich dem Zionismus angeschlossen. Man erinnert sich noch daran, welch heftigen Kampf dieses Blatt gegen die jüdischnationale Bewegung geführt hat und daß es sogar vor Denunziationen der Zionisten nicht zurückgeschreckt ist. Nunmehr veröffentlicht das Blatt einen Leitartikel, in dem es die Berechtigung der Forderung nach einem Judenstaat in Palästina anerkennt. Das Blatt verlangt ferner: Wahl eines jüdischen Nationalrates für Ungarn, Organisierung des Selbstschutzes, Verwandlung der ungarischen „Ito“-Gesellschaft in ein Institut zur Vermittlung zwischen Ungarn und Palästina und Verbreitung des geistigen Zionismus, Sicherung der politischen Rechte der Juden in Nordungarn, wo sie in geschlossenen Massen wohnen.

Der ukrainische Nationalrat und die Juden. Wie das „Prager Tagblatt“ vom 19. November meldet, ist Czernowitz nach heftigen Straßen-

kämpfen von ukrainischen Truppen besetzt worden. Die ukrainischen Behörden ließen alle deutschen und jüdischen Beamten im Dienst. Der ukrainische Nationalrat hat den Juden die Anerkennung ihrer Nationalität versprochen.

Ein jüdisches Preßbureau in Kiew. Am 25. Oktober wurde in Kiew ein jüdisches Preßbureau eröffnet, mit dem Zwecke, die Presse in der Ukraine und im Auslande über alle Erscheinungen des jüdischen Lebens zu informieren. Das Bureau ist eine private Unternehmung einer Journalistengruppe. Das Bureau wird das jüdische soziale, politische und wirtschaftliche Leben beleuchten, ebenso die Beziehungen zu den anderen Völkern.

Gemeinden- u. Vereins-Echo

Würzburg. Man schreibt uns: Vorigen Monat fand eine außerordentliche Mitgliederversammlung der hiesigen Zionistischen Jugendgruppe statt, welche Herrn stud. rer. pol. David Liebrecht zum ersten Vorsitzenden wählte. Es wurde ein Palästinakurs eingeführt, der in Form eines Seminars abgehalten wird. Außerdem dienen Vortrags-, Diskussions- und Vorlesungsabende zur Vertiefung der jüdischen und zionistischen Kenntnisse der Mitglieder. Unsere Arbeit wird durch folgende zwei Umstände erschwert: Erstens haben wir kein eigenes Heim und zweitens gibt es hier gar keine Ortsgruppe, die uns durch Rat und Tat unterstützen könnte. Trotzdem hoffen wir nicht nur das angeführte Programm durchzuführen, sondern auch durch einige größere Vorträge vor die breite Öffentlichkeit treten zu können.

Generalversammlung des Jüd. Turn- u. Sport-Vereins München. Man schreibt uns: Wir hielten am 24. XI. unsere diesjährige ordentl. Generalversammlung ab, zu welcher eine ziemlich große Anzahl der Mitglieder erschienen war. Wir konnten sogar erfreulicherweise viele aus dem Felde zurückgekehrte Turnbrüder begrüßen. Aus den verschiedenen Berichten war zu ersehen, daß die Vereinsleitung trotz der schweren Zeiten sehr Ersprießliches geleistet hat. Einem Antrag zufolge wurde beschlossen, die Leitung des Vereins in eine Vorstandschaft und in einen Turnrat zu teilen, wodurch der turnerische und sportliche Betrieb des Vereins sehr gehoben wird. Ferner wurde in Aussicht genommen, Kurse für Hebräisch, sowie für jüdische Geschichte zu errichten; ebenso soll die umfangreiche Bibliothek den Mitgliedern wieder zugängig gemacht werden. Die Neuwahlen ergaben: 1. Vorstand: Apotheker Lewin, 2. Vorstand: Albert Kupfer, 1. Schriftführer: Josef Orljansky, 2. Schriftführer: Fridl Goldfarb, Turnwart: Hans Kuhn, Sportwart: Willy Camnitzer. Vertreterinnen der Damen- und Mädchenabteilung: Frau Reich und Fridl Goldfarb. Vertreter der Knabenabteilung: Saslawsky. Vertreter des Turnwarts in der Vorstandschaft: Willy Camnitzer. Spielführer der Fußballabteilung: Josef Orljansky. Beisitzer: Rudi Steinberg. Zeugwart: Moritz Bohrer. Der Turnrat.

Jüdischer Turn- und Sport-Verein München. Durch behördliche Maßnahmen sind wir leider gezwungen, unseren Turnbetrieb etwas einzuschränken. Die Damen- und Herrenabteilung turnt von nun ab von 7.30—9 Uhr in der Halle des T. V. München v. 1860, Auenstraße 19. — Sonntag, 8. November. Treffpunkt 8.15 Uhr Ostfriedhof. Tagesausflug nach Grünwald—Ebenhausen.

Der Turnrat.

Verein Bne Jehuda. Dienstag, den 10. Dezember 1918 Fortsetzung der Generalversammlung. Siehe Anzeige in dieser Nummer. Es wird dringend um pünktliches Escheinen ersucht, da der Saal um 10 Uhr geschlossen werden muß.

Jüdischer Wanderbund „Blau-Weiß" München. Sonntag, 8. Dezember. 1. Zug: Treffpunkt Freimann (Endhaltestelle) 8.30 Uhr 70 Pfg. 2. Zug: Ostfriedhof 8.20 Uhr 35 Pfg. 3. u. 4. Zug: 10 Uhr oder 12 Uhr Bogenhauserbrücke 30 Pfg. 1. Gruppe: 9.30 Starnbergerhahnhof 45 Pfg. 2. Gruppe: 8.25 Starnbergerbahnhof 95 Pfg. 3. Gruppe 9 Uhr Corneliusbrücke (Ludwigsdenkmal) 30 Pfg. 4. Gruppe: 9 Uhr Isartalbahnhof 35 Pfg.

Jüdischer Wanderbund „Blau-Weiß" Nürnberg. Buben: Sonntag, 8. Dez. 7.45 Uhr Prinzregentendenkmal. Abfahrt 8.05, nach Schwaig 8.33. Möritzberg (Nachzügler Abfahrt 1.42 nach Röthenbach b. Lauf). Treffpunkt: Renzenhof 2.30 Mögeldorf (bei entspr. Wetter: Rodelschlitten mitnehmen). Heimabende: 1. Zug: Mittwoch 7.30 Uhr, 2. Zug: Dienstag 7.30 Uhr. Mädchen: 9 Uhr Endpunkt Linie 3 Herrnhütte-Heroldsberg (Gries, Zucker und Tee mitbringen).

Nationalfondsspenden. Gesammelt bei der Verlobung Trost-Lem durch Frl. Hönig M. 15.—, Spende M. Schneuer M. 3.—, P. Grünbaum gratuliert Familie Schneuer zur Barmizwah ihres Sohnes M. 2.—, Familie Horn desgl. M. 2.—, Herr und Frau Gröger anläßlich der glücklichen Heimkehr ihres Sohnes Max M. 20.—, Geschwister Hecht aus Freude über die Rückkehr ihrer drei Vettern aus russischer Gefangenschaft M. 5.—.

Palästinahilfswerk: Klavierschule Kleinschmidt in Zuneigung zu meinen Schülern M. 25.—, R. S. an J. W., verlorene Wette M. 2.—.

Goldenes Buch Blau-Weiß München: Meta Moch gratuliert ihrer lb. Gertrud Moses herzl. zum „Doktor" M. 2.—.

An unsere verehrlichen Leser!

Die außerordentlich schwierigen Verhältnisse in der Papierbeschaffung machen es uns unmöglich, das „Jüdische Echo" auf ein einigermaßen gleichmäßiges Papier zu drucken. Wir werden diesen Zustand ändern, sobald es technisch möglich ist und bitten unsere Leser um Entschuldigung.

Verlag des „Jüd. Echo".

NACHRUF.

Unsere liebe Agudoh-Schwester
Lilly Theilheimer
ist von uns gegangen. Wir trauern um sie, eine unserer Treuesten und Besten. In ihrer tiefen Frömmigkeit, in ihrem ernsten Suchen nach Wahrheit und Klarheit gehörte sie ganz zu uns; wie sehr, das fühlen wir heute, da wir sie verloren. Ihr reines Andenken aber wird in unserer Mitte bleiben, heilig, ein Vorbild.
Den Eltern in ihrem unendlichen Leide möge der Allmächtige Trost spenden.

Agudas-Jisroel-Mädchengruppe · München.

VEREIN BNE JEHUDA

Dienstag, den 10. Dez. 1918, präzise 7.30 Uhr abends im Augustinerbräu (Roter Saal) Neuhauserstraße 16/I
Fortsetzung der Generalversammlung
Jedes Mitglied ist verpflichtet zu kommen.
Der Vorstand.

Verantwortlich für die Redaktion i. V.: Meta Moch, München; für den Anzeigenteil: H. W. Stöhr, München.
Druck und Verlag: B. Heller, Buchdruckerei, Herzog Maxstraße, München.